

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) Sitz Hamburg

Anzeigenpreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M.
vierteljährlich durch Streifband 1,80 M.

Schriftleitung: Berlin S 42, Luisenauer 1. Tel. Mpl. 3725
Postcheckkonto: Berlin 10301, Albert Lehmann

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeterzeile 0,15 Goldmark. Bei Abschließen Rabatt, der nur als Kasserabatt gilt.
Verbandsmitglieder zahlen für Gelegenheits-Anzeigen pro Wort 0,10 Goldmark, das fettgedruckte Überschriftswort 0,30 Goldmark. Die Preise sind freibleibend.
Alleinige Anzeigenannahme durch Krieger-Dank G.m.b.H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Str. 16. Fernspr.: Nollendorf 3005 bis 3008. Postcheckkonto Berlin 47910.

Für die Zeit vom 9. bis 15. August und 16. bis 22. August ist der 32. und 33. Wochenbeitrag fällig.

Zum Verbandstag.

Im demokratischen Aufbau der gewerkschaftlichen Organisationen bildet der Verbandstag als Generalversammlung die höchste Instanz zur Entscheidung aller wichtigen Probleme des Verbandslebens. Deshalb konzentriert sich auch auf ihn die Aufmerksamkeit der gesamten Mitgliedschaft, weil sie die Möglichkeit besitzt, durch ihre gewählten Vertreter bestimmend in die Geschicke der Organisation, die zum Teil auch ihre eigenen sind, einzugreifen.

Das gilt natürlich auch für unsere Organisation und ihren 12. Verbandstag am 26. September in Erfurt. Fünf inhaltsschwere Jahre sind seit dem Stattfinden der letzten Generalversammlung im Juli 1920 verflossen, in denen sich die Nachwehen des Weltkrieges erst in ihrer vollen Wucht auswirkten und alles organisatorische Leben zu ersticken drohten. Wenn es aber einer rasenden Inflation nicht gelungen ist, die Fundamente unseres Verbandes hinwegzuspülen, so dürfen wir das heute mit Genugtuung als ein sicheres Zeichen seiner inneren Festigkeit und Stärke buchen, das für eine bessere Zukunft alles Gute erwarten läßt.

Diese letzten fünf Jahre waren aber auch von einem Wiedererwachen der politischen Reaktion und einem Erstarken der wirtschaftlichen Macht der Unternehmerschaft beherrscht, die beide ihre tiefere Wurzel in der Zerspaltung der deutschen Arbeiterschaft hatten. Während letztere sich über den besten und schnellsten Weg zu ihrer Befreiung stritt und dadurch ihre eigenen Reihen schwächte, vereinigten sich auf der anderen Seite trotz der wirtschaftlichen Not die verschiedensten Industrien zu großen Konzernen, die da glaubten, ihre Macht gebrauchen zu müssen, um die Arbeitszeit zu verlängern, die Löhne zu kürzen und alle Lasten des verlorenen Krieges so weit als möglich auf die arbeitenden Schichten des Volkes abzuwälzen.

Die Folge waren heftige soziale Kämpfe, die natürlich auch auf die Gärtnerei übergriffen, da unsere Unternehmer im gleichen Fahrwasser segelten. Unter dem Motto der Umstellung des Berufs leisteten sie der tarifvertraglichen Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen heftigsten Widerstand, sodaß die sogenannte Arbeitsgemeinschaft mit ihnen sehr bald in die Brüche ging. Der Geschäftsbericht des Vorstandes, dem hier nicht vorgegriffen werden soll, wird eingehenden Aufschluß über all die vielen Lohnbewegungen und Streiks geben, deshalb wollen wir hier nur darauf hinweisen, daß die Erfolge in der Tarifpolitik logischerweise eng mit unserer Stärke an den betreffenden Orten zusammenhängen.

Der jahrzehntelange Kampf um die Rechtsstellung der Gärtner ist nun zu einem gewissen Stillstand, weil die Verabschiedung des endgültigen Arbeitsgesetzes, in dem diese Frage zum Teil gelöst werden sollte, immer wieder hinausgezögert wurde und bis heute noch nicht erfolgt ist. Ebenso sind andere geplante gesetzgeberische Maßnahmen auf dem Gebiet des Lehrlings- und Fachschulwesens infolge der drängenden Notgesetzgebung in den Hintergrund geraten und müssen erst wieder in Fluß gebracht werden, wozu die kommende Generalversammlung Richtlinien geben soll. Ähnlich liegt es mit der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretung der Gärtner, bei der die Frage, eigene Gartenbaukammer oder dauerndes Anhängsel der Landwirtschaft ebenfalls noch der Lösung harret.

An Stelle der Erörterung dieser Kernfragen trat der Kampf ums nackte Dasein und verbrauchte alle Kräfte, sodaß für wirtschaftspolitische und gewerkschaftliche Schulung der Mitgliedschaft keine Zeit übrig blieb. Das war unsomehr zu bedauern, als sich auch in der Gärtnerei gewisse volkswirtschaftliche und

organisatorische Veränderungen vollzogen, die ein Anrecht hatten, auch von weiteren Kreisen unserer Kollegen beachtet zu werden.

Leider waren aber gerade unsere wichtigsten Bildungsmittel, die „Allgemeine Deutsche Gärtner-Zeitung“ und das „Gärtnerfachblatt“, durch die Finanzkrise der Inflation arg in Mitleidenschaft gezogen. Erstere mußte immer mehr verkleinert und in größeren Abständen herausgegeben werden, letzteres ging im März 1923 ganz ein und erschien erst im Juli 1924 wieder.

Auch die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes mußten vorübergehend außer Kraft gesetzt werden, kurz, überall zeigte sich der zerstörende Einfluß des Währungsverfalls, der es auch vielen Kollegen schwer machte, ihre Mitgliedschaft aufrecht zu erhalten.

Erst mit der Währungsstabilisierung setzte ein Umschwung ein, der nach Überwindung der Gesundheitskrise wieder aufwärts führte. Die Kassenverhältnisse besserten sich rasch, sodaß sowohl die Unterstützungseinrichtungen wieder eingeführt, als auch die Zeitungen laufend vervollkommen werden konnten.

Größtes Augenmerk wurde der Agitation zugewendet, da die neue Gärtnergeneration dem organisatorischen Gedanken verständnislos gegenüberstand und Gefahr lief, ein Opfer rechtsradikaler oder gelber Vereine zu werden. Wenn auch auf diesem Gebiet noch mancherlei zu tun übrig bleibt, weil die Bestrebungen der Unternehmer, das Rad der Zeit wieder mal um 30 Jahre zurückzudrehen, noch nicht nachgelassen haben, so kann doch immerhin aus allen Gauen ein erfreulicher Fortschritt berichtet werden, der zu Optimismus berechtigt.

An einem solchen Wendepunkt der Verbandsgeschichte ist es natürlich Zeit, in einer Generalversammlung Pläne für die Zukunft zu schmieden, den Mobilisierungsplan festzulegen, Fragen der Taktik zu klären, Vergangenes nochmals kurz an sich vorüberziehen zu lassen und im übrigen nach außen zu zeigen, daß wir noch da sind und nicht die Absicht haben, uns ausschalten zu lassen. Die große Gärtnerstadt Erfurt wird für eine solche Tagung einen besseren Resonanzboden abgeben, als irgend ein anderer Ort.

Obleich nach unseren Satzungen der Verbandstag bereits im Jahre 1923 hätte stattfinden müssen, war es uns damals, ebenso wie vielen anderen Verbänden, einfach der Geldfrage wegen nicht möglich. Nach Beseitigung dieses Hindernisses kann mit frischem Mut das Versäumte nachgeholt werden, zumal gegenwärtig die Beschlüsse einer solchen Tagung von längerer Dauer sein können, als während einer ewig schwankenden Valutakatastrophe.

An erster Stelle der Tagesordnung steht neben dem Geschäftsbericht die Erörterung der gärtnerischen Rechtsfrage und der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretung. Nach dem, was wir einleitend über den bisherigen Stand dieses Problems gesagt haben, erblicken wir unsere Aufgabe darin, einen neuen Vorstoß zu unternehmen, um den Gesetzgeber beschleunigt in Bewegung zu setzen. Der bisherige Zustand der Verdunkelung des Tatbestandes durch die Synthesis des Reichsverbandes und die Geschäftsführer der Gartenbauausschüsse ist unhaltbar geworden und darf keinesfalls auf die Vorarbeiten für das große Gesetzbuch der Arbeit übertragen werden. Jene Herren sollen nicht glauben, daß sie durch einen trockenen Putsch auf dem Umweg über das Steuerrecht (besser „Unrecht“) auch die arbeitsrechtliche Seite der Angelegenheit gleich mit erledigen können.

Bei der Berufsvertretung hat gerade die jüngste Vergangenheit gezeigt, wo der Kurs in Baden, Sachsen, Mecklenburg usw. hingehen soll. Das Fehlen eines Gesetzes über die in der Verfassung festgelegten Bezirkswirtschaftsräte darf keinesfalls dazu führen, die Regelung der Landwirtschaftskammergesetzgebung auf unabsehbare Zeit zu verschieben und die Arbeiter gänzlich auszuschalten, wir müssen vielmehr auch hier die verfassungsmäßige Parität verlangen.

Ganz ähnlich liegt es beim Lehrlingswesen, das zweifellos sehr brennend ist, weil durch die andauernde Lehrlingsmassen-

züchtereien das Fortkommen der anderen Berufsangehörigen direkt in Frage gestellt wird. Das versprochene Reichsgesetz schlummert noch immer in den Archiven der Regierung, man scheint dort Angst vor den rückständigen Innungen zu haben.

Über Schutzzollfragen und Gärtnerei, Punkt 4 der Tagesordnung, haben wir in letzter Zeit so viel geschrieben daß wir dieses Thema heute hier nicht besonders anzuschneiden brauchen. Wahrscheinlich stehen wir bis zur Generalversammlung bereits vor vollendeten Tatsachen und werden nun Gelegenheit haben, die drosselnden Wirkungen der Zölle an Hand bereits vorliegender Ergebnisse festzustellen.

Besonderes Interesse wird dann auch die Erörterung der Betriebs- und Arbeitsverhältnisse des Erwerbsgartenbaues, der Blumen- geschäfte, der Staats- und Gemeinde-Gärtnereien erwecken. Hier werden die Veränderungen der Arbeitsweise, der Produktivität, die genossenschaftlichen Zusammenschlüsse u. dgl. mehr wichtige Fingerzeige für die fernere Entwicklung geben, ganz abgesehen von der Preispolitik unserer Unternehmer, die gerade im Zusammenhang mit der Zollfrage ein besonderes Gesicht gewinnt.

Neben diesen wirtschaftlichen Themen spielen natürlich auch organisatorische Fragen, eine gewisse Rolle. Es sei nur an die Frage der Industrieverbände erinnert, die bis dahin auf den Gewerkschaftskongreß in Breslau so weit geklärt sein dürfte, daß auch wir Stellung dazu nehmen können. Ferner ist manches in unseren Satzungen überlebt oder überholt und muß Besserem weichen, Fehlendes ist einzufügen, da und dort wird redigiert werden müssen, um die Verfassung des Verbandes mit ihren Ausführungsbestimmungen den Forderungen der Zeit anzupassen, sie so vollkommen als möglich zu machen.

Dazu wird der Vorstand verschiedene Anträge stellen und auch aus den Reihen der Mitgliedschaft werden zweifellos solche einlaufen, wobei schon jetzt bemerkt sei, daß es nicht etwa auf die Menge, sondern auf die Güte ankommt.

Alles in allem: Es wird eine umfangreiche Arbeit zu bewältigen sein, möge es gelingen, sie zum Wohle der Organisation zu erledigen. Mögen aber auch alle, denen der Verband als Waffe im Befreiungskampf am Herzen liegt, ihre Meinung schon jetzt und an dieser Stelle Ausdruck geben, damit durch einen regen Austausch der Gedanken vorbereitend und klärend gewirkt wird.

An Stoff dürfte es nach einer so langen Pause wahrlich nicht fehlen, die befruchtende Wirkung solcher Erörterungen wird keiner bestreiten.

Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband auf dem Kriegspfad.

Grenzstreitigkeiten über die Organisationsgebiete der einzelnen Verbände gehören leider zu den alltäglichen Erscheinungen im Lager aller Gewerkschaften. Meist sind sie jedoch unter Ausschluß der Öffentlichkeit durch Verhandlungen der direkt Beteiligten aus der Welt geschafft worden, weil man von dem sehr richtigen Standpunkt ausging, daß innerhalb der Gewerkschaftsbewegung eine gewisse Disziplin herrschen müsse, die es einfach verbiete, solche häuslichen Streitigkeiten zum Gespött der Zuschauer zu machen.

Unser Verband hat diese Auffassung stets als Selbstverständlichkeit angesehen, zumal sich der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband — der einzige, mit dem überhaupt Grenzstreitigkeiten vorlagen — bisher ebenfalls auf einer mittleren Linie bewegte. Nachdem er aber in der letzten Zeit aus der gebotenen Reserve herausgetreten und zum Angriff gegen unseren Verband vorgegangen ist, liegt für uns keinerlei Veranlassung mehr vor, diese unangenehmen Dinge mit Schweigen zu übergehen, weil dadurch schließlich in fern stehenden Kreisen der Eindruck erweckt werden könnte, als habe der Gemeindearbeiterverband mit seinen Darstellungen recht.

Zum besseren Verständnis der Dinge sei vorausgeschickt, daß der G.-A.-V. ja schon seit seiner Gründung auf dem Standpunkt steht, er als Betriebsorganisation sei der allein selig machende Verband für alle im Staats- oder Kommunaldienst Beschäftigten, und diese hätten infolgedessen ihre Berufsorganisation zu verlassen und zu ihm überzutreten. Vorläufig sei hierzu nur bemerkt, daß diese Auffassung von keinem anderen Verband des A. D. G. B. geteilt wird, sondern man hat gerade in letzter Zeit, anlässlich der zahlreichen Verhandlungen über Industrieorganisationen, dem G.-A.-V. sehr deutlich zu verstehen gegeben, daß er sich hier auf dem Holzweg befindet. Das hat diesen natürlich nicht abgehalten, beim Abschluß eines Reichsmanteltarifs für Gemeindearbeiter alle anderen freigewerkschaftlichen Verbände systematisch auszuschalten, lediglich der christliche G.-A.-V. ist daran beteiligt. Die nächste Folge war natürlich das gleiche Vorgehen auch bei Bezirks- und Ortstarifen, und es hat oft schwere Mühe gekostet, diese Ausschaltung aufzuheben. In Hannover mußten wir vor Jahren sogar den Schlichtungsausschuß anrufen, um zu unserem Recht zu kommen, heute hat sich der G.-A.-V. auch über dieses Hindernis hinweggesetzt und geht in allen Orten rücksichtslos gegen die anderen Gewerkschaften vor.

Besonders kraß war sein Verhalten in Berlin beim Abschluß des 5. Bezirkstarifs insofern, als er uns zu allen diesbezüglichen Verhandlungen noch zuließ, auch andere Verbände zu Kartellsitzungen heranzog, aber im letzten Augenblick plötzlich erklärte, zur Unterschrift sei nur er berechtigt, obgleich wir bis zum vierten Tarifvertrag Kontrahent gewesen waren. Das führte zur Sprengung des Kartells, zumal die beteiligten Verbände bereits früher sehr ernste Bedenken gegen den vom G.-A.-V. gewünschten Eintritt des Berliner Magistrats in den Reichsarbeitsgeberverband geäußert hatten, ohne allerdings damit durchzudringen. Auch die vor einigen Monaten seitens der verschiedenen Hauptverbände mit dem G.-A.-V. geführten Verhandlungen zwecks Beteiligung am RMT. scheiterten infolge der an den Haaren herbeigezogenen Ausflüchte des G.-A.-V. ebenso, wie lokale Besprechungen in der Berliner Gewerkschaftskommission. Es zeigte sich außerdem überall, daß der G.-A.-V. eine rege Werbetätigkeit auch in unseren Reihen entfaltete, wobei er nicht vor der Behauptung zurückschreckte, wir hätten nichts für die Stadtgärtner getan, obgleich dies, selbst wenn es wahr wäre, doch nur die Folge der von ihm betriebenen Ausschaltung sein könnte, die obendrein noch gegen die Satzungen des ADGB. und gegen unseren Kartellvertrag verstößt.

Das Schlimmste auf diesem Gebiet stellt aber nun ein kürzlich erschienener Artikel in der „Gewerkschaft“, der Verbandszeitung des G.-A.-V. dar, der sich mit unseren Berufskollegen in Gemeindeverwaltungen befaßt und ohne weiteres als Köder für diese zu betrachten ist.

Der Verfasser — unser früheres Mitglied Mielke, jetzt im Gesamtbetriebsrat der Stadt Berlin sitzend, behauptet dort frisch von der Leber weg, der G.-A.-V. habe alle Vorstöße städtischer Gartendirektoren gegen den Achtstundentag zunichte gemacht, weil er seine Durchführbarkeit glänzend beweisen konnte. Wir fragen den Verfasser dieser hahnbüchernen Verdrehung, ob ihm denn der sogenannte mitteldeutsche (in Magdeburg gefällte) Schiedsspruch für Gemeinden gar nicht bekannt ist?

Dort ist nämlich bereits im März 1924 trotz der glänzenden Beweisführung des G.-A.-V. und obgleich seine Mitglieder als Beisitzer zugegen waren, für sechs Monate eine zehnstündige Arbeitszeit zugelassen worden.

Wir wandten uns daraufhin an alle Gauleitungen des G.-A.-V. und boten ihnen Material sowie sachkundige Berater für spätere Verhandlungen an, aber vergeblich! Dabei war das nicht etwa der erste Fall! Bis zum Jahre 1923 hatte nämlich schon der alte RMT. eine Bestimmung, die für Gärtnereien eine längere Arbeitszeit zuließ.

Auf unseren Einspruch vom 13. April 1923 wurde dann bei neuen Verhandlungen dieser Passus gestrichen, trotzdem redet noch heute der § 8 des neuen RMT. von der Eigenart der Verhältnisse in Gärtnereien, die abweichende Regelungen erforderlich machen könnten.

Auf Grund dieser Erfassung sind z. B. in Erfurt die städtischen Gärtnerlöhne niedriger als die der übrigen Handwerker festgesetzt worden!!

Doch weiter. Im Freistaat Sachsen, in Hessen-Nassau, in Mecklenburg hat der G.-A.-V. für Gärtnereien in staatlichen Heilanstalten den Elfstundentag der Landarbeitsordnung vereinbart. Auf unsere Beschwerden teilten uns die betr. Gauleiter mit, daß sie glaubthätten, die Gärtnerei gehöre zur Landwirtschaft.

So sieht die glänzende Beweisführung des G.-A.-V. aus, die Mielke glaubt verherrlichen zu müssen. Ehe man mit solchen unwarhen Behauptungen an die Öffentlichkeit tritt, hat man die Verpflichtung, sich genau zu vergewissern. Das gilt natürlich auch für den Redakteur. Dann wäre es den Genannten ein Leichtes gewesen, festzustellen, daß für Mannheim die 8½ stündige, für Halle a. S. im Sommer die zehnstündige Arbeitszeit seitens ihres Verbandes festgelegt wurde, während in Magdeburg die Errungenschaft so aussieht: vom 1. 4. bis 30. 9. = 9½ Stunden, vom 1. 10. bis 15. 10. = 9 Stunden, vom 16. 10. bis 30. 11. = 8 Stunden, vom 1. 12. bis 28. 2. = 7 Stunden, vom 1. 3. bis 31. 3. = 8 Stunden. Stuttgart 51 Stunden (bis 54 Stunden keine Überstundenzuschläge). Hannover sechs Monate 9, sechs Monate 8 Stunden. Essen (Ruhr) dasselbe.

Weiß der Verfasser Mielke nicht, daß sein Hauptvorstandsmitglied Stetter in einer Konferenz über die gesetzliche Regelung der gärtnerischen Arbeitszeit im Reichsarbeitsministerium erklärte:

„Wir werden die Gärtner bei ihrem Vorgehen unterstützen, denn sie sind die Vorkämpfer für eine menschenwürdige Arbeitszeit auch in ihrem Beruf!“

Betrachten wir nun einmal kurz unsere Arbeitszeitvereinbarungen im Beruf, dann ergibt sich folgendes. Die Kollegen der Landschaft in Hannover, Düsseldorf, Köln, Frankfurt a. M. und Breslau arbeiten 8 Stunden, Berlin hat 118, Baden 148, Sachsen 201 Pflichtüberstunden auf Grund der VO. vom 21. Dezember 1923. Dem stehen die

Stadtgärtner in Mitteleuropa mit 2907 Stunden gegenüber, d. h. diese Kollegen sind noch schlechter daran, wie die aus der Handelsgärtnerei, denn da haben wir z. B. in Berlin 2698 Stunden, in Sachsen 2832, in Baden 2654, in den holsteinischen Baumschulen 2728 und in Lübeck 2757 Stunden.

Hören nun unsere Unternehmer, die den Stadtgärtnereien den Untergang geschworen haben, von deren längerer Arbeitszeit, dann werden sie sie aus Konkurrenzgründen auch für sich beanspruchen und in zahlreichen Gartendirektoren willige Helfer finden!

Wozu schmückt also Mielke seinen Verband mit fremden Federn, wenn nicht zum Mitgliederfang? Also: Unlauterer Wettbewerb!

Nach einigen Ausführungen über die sozialen Bestimmungen des R.M.T., die übrigens gegen früher auch verschlechtert sind, was vielleicht nicht geschehen wäre, wenn andere Verbände mit an den Verhandlungen teilgenommen hätten, behandelt Mielke dann die Lohnverhältnisse und versteigt sich auch hier zu der unwahren Behauptung, daß die Tarife unseres Verbandes hinter denen des G.-A.-V. weit zurückständen.

Ganz abgesehen davon, daß der G.-A.-V. während der letzten Jahre meist nur zu den Löhnen ja und amen sagen mußte, die die Eisenbahner und andere Reichsarbeiter vereinbart hatten, können wir uns zum Glück noch immer mit diesen Löhnen messen, denn wir haben die Kluft zwischen unseren und den Löhnen anderer Berufe aus der Vorkriegszeit völlig überwunden.

Hier einige Beispiele zum Nachdenken für den Gärtner Mielke:

In Berlin beträgt der Landschaftslohn z. Zt. 95 Pf. in der Stadt nach der neuesten Erhöhung um 5 Pf. = 89 Pf. In Hamburg besteht eine Bestimmung, daß alle die Handwerker einen Zuschlag erhalten, deren Löhne in der Privatindustrie höher sind. Da nun der Landschaftslohn dort mit 95 Pf. festgesetzt ist, erhalten die Stadtgärtner einen Zuschlag von 8 Pf., sonst hätten sie nur 80 Pf. Dortmund: Landschaftslohn 85 Pf., Stadtgärtner 77 Pf. Hannover: Landschaftslohn 80 Pf., Stadtgärtner 66 Pf. Stuttgart: Landschaftslohn 83—90 Pf., Stadtgärtner nach drei Jahren 82 Pf. Kassel: Landschaftslohn 85 Pf., Stadtgärtner 78 Pf.

Nach der Lohnstatistik des ADGB. von Ende Juni 1925, bei der die Stadtgärtnerlöhne einschl. Frauenzulage gemeldet sind erhalten in:

Bremen: Landschaftslohn 75 Pf., Stadtgärtner 74 Pf., in Breslau: Landschaftslohn 72 Pf., Stadtgärtner 65 Pf., in Frankfurt a. M.: Landschaftslohn 90 Pf., Stadtgärtner 84 Pf., in Köln: Landschaftslohn 97 Pf., Stadtgärtner 89 Pf., in Königsberg (Pr.): Landschaftslohn 82 Pf., Stadtgärtner 61 Pf., in Stettin: Landschaftslohn 66 Pf., Stadtgärtner 65 Pf. In Braunschweig, Dresden und Leipzig sind beide Kategorien mit 75 Pf. gleich.

Dabei ist natürlich noch zu bemerken, daß unsere Landschaftslohnzeit und ähnliches vergütet bekommen, wodurch sich die Löhne noch entsprechend erhöhen.

In Essen, Duisburg, Buer, Gelsenkirchen bauen sich die Spitzenlöhne der Stadtgärtner ausschließlich auf Kosten der überwiegend beschäftigten Junggehilfen auf, die nur 50—90 Proz. des Volllohnes erhalten, während die städtischen Löhne der oben genannten Orte Spitzenlöhne für Verheiratete nach soundsoviel Dienstjahren sind. In Buer bekommt z. B. ein Stadtgärtner von etwa 18 Jahren einen Lohn von 38 Pf. je Stunde! Dabei haben sie Dauerstellung bis zum 30. Juni!

Doch genug des grausamen Spiels! Wir könnten all'erdings noch mit weiteren Zahlen aufwarten, wollen es uns aber verkneifen. Bemerkte sei deshalb nur, daß kein einziger unserer Tarife Lohnunterschiede zwischen Gelehrten und Ungelernten von 20 Pf. und mehr je Stunde vorsieht, daß es uns vielmehr gelungen ist, diesen Abstand so weit als möglich zu verkleinern.

In diesem Sinne haben wir uns auch früher, als wir noch im städtischen Lohnkartell Berlin saßen, bemüht, die Löhne der qualifizierten Handwerker nicht ungemessen zu steigern, weil damit nur ein Keil zwischen die Belegschaften getrieben wird. Die Folgen dieser Maßnahme haben uns ebenso recht gegeben, wie bei unseren Warnungen gegenüber den Gedingelöhnen und ähnlichen Errungenschaften, die gerade der Kollege Mielke als etwas besonderes betrachtete.

Nun zum Schluß! Mielke spricht in seiner Abhandlung noch von einigen anderen Fragen, die das Arbeitsverhältnis betreffen. Sehr richtig.

Wir fragen ihn in aller Öffentlichkeit: Was hat sein Verband bei der Einführung der Lehrlings- und Obergärtnerprüfungen getan?

Wer hat sich für die Anerkennung geeigneter Lehrwerkstätten durch paritätische Kommissionen eingesetzt?

Wer vertritt die Belange der gärtnerischen Arbeitnehmer in den Gartenbauausschüssen der Landwirtschaftskammern?

Wer hat dafür gesorgt, daß die Gärtner aus dem Hausgehilfengesetz herausgelassen, aber

in die Erwerbslosenversicherung aufgenommen wurden?

Wer hat der Reichsregierung in monatelangen Verhandlungen Vorschläge über die Regelung der gärtnerischen Arbeitszeit in Deutschland gemacht, Broschüren verbreitet, Parlamentarier und Juristen bearbeitet?

Wer bekämpft die Lehrlingszüchterei und warnt alljährlich in der Tagespresse davon, wer hat im Reichswirtschaftsrat Sachverständigengutachten zum Reichslehrlingsgesetz erstattet?

Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband nachweislich nicht, aber wir haben uns für all die brennenden Probleme eingesetzt und werden es auch weiterhin!

Wir haben in den verschiedensten Orten Winterfachschulen errichtet, geben ein eigenes Gärtnerei-Fachblatt heraus, das Mielke natürlich nicht kennt und verfügen über umfangreiche Wanderbibliotheken, die allen Filialen zur Verfügung stehen, denn uns liegt die Fachbildung unserer Kollegen natürlich am Herzen. Aus diesem Grunde besitzen wir auch die Sympathien zahlreicher Stadtgärtner in den verschiedensten Städten, die nur notgedrungen Mitglieder des G. A. V. sind, sich dort aber nicht wohl fühlen, weil die Gärtnergruppen in diesem Verband, der sein Schwergewicht auf die Werksarbeiter legen muß, nur als fünftes Rad am Wagen behandelt werden.

„Wie oft spielte die Entlohnung die Hauptfrage! Wie oft wird Finger an Dingen zu verbrennen, von denen er nichts versteht. Dasselbe möchten wir auch dem Schriftleiter der „Berufsfeuerwehr“ zurufen, der Seite 127 seiner Mitteilungen für Kommunalbeamte die Unverfrorenheit besitzt, zu behaupten, daß unser Verband ebensowenig für die Gärtner tun könne als der Reichsverband der gärtnerischen Beamten für seine Mitglieder.

Man soll niemals die eigene Ware loben, indem man die der andern unberechtigterweise schlecht macht. Was würden wohl die Feuerwehrlaute sagen, wenn wir, die wir ihre Verhältnisse gar nicht kennen, in unserer Gärtnerzeitung derart ungereimtes Zeug von ihnen schwatzen wollten. Schuster, bleib bei deinem Leisten!

Henry Ford und wir.

Unter dieser Stichmarke beschäftigte sich der Handelsgärtner E. Schramm-Friedrichshöh (Schlesw.) im „Deutschen Erwerbsgartenbau“, dem führenden Organ des Unternehmervverbandes, mit dem bekannten Buch Fords „Mein Leben und Werk“. Dabei kommt er zu dem Ergebnis: Spezialisierung der Betriebe und zweckmäßige Einfachheit der Betriebsmittel.

Seine weiteren Ausführungen über Entlohnung und Arbeitszeit sind so interessant, daß wir sie hier bringen, weil sie dieser oder jener gegen seinen engstirnigen Chef gut gebrauchen kann:

„Wie oft spielt die Entlohnung die Hauptfrage! Wie oft wird eine Arbeitskraft eingestellt, weil sie sich billig anbietet. Das sind meist nur Stümper, die wegen bewußter Leistungsunfähigkeit nicht fordern mögen, sondern sich billig anbieten, was doch allgemein bekannt ist. Aber andererseits ist auch mancher nicht auf den richtigen Platz gestellt und leistet nur darum nichts, weil seine Begabung nicht auf diese Arbeit eingestellt ist. Sichten und wägen ist bei der Wahl unserer Hilfskräfte, ganz besonders auch bei den Lehrlingen dringend nötig. Aber auch die geistige und seelische Begabung sollte bei der Einstellung aller Hilfskräfte heute mehr als früher eine wichtige Rolle spielen. Auch die Entlohnung sollte von zwei Seiten betrachtet werden und nicht so knapp bemessen werden. Hungerlöhne haben noch nie Segen gebracht, weder dem Arbeitgeber noch dem Arbeitnehmer. Freudige Arbeit ist doppelt so viel wert wie mühselige. Wir müssen unsere „Helfer im Streit“ nicht nur bezahlen, sondern ihnen auch Wohlwollen zeigen, um uns treue, freudige Mitarbeiter zu sichern. So werden unsere Arbeitnehmer zu einem scharf geschliffenen Werkzeug für uns. Das lehrt uns Henry Ford in seinem Buch, und seine Erfolge sprechen noch mehr dafür. Nun noch das Kapitel der Arbeitszeit. Vor einigen Monaten schrieb ein Kollege, daß er täglich 13—14 Stunden arbeite. „Die Arbeit ist das Beste, was wir haben!“ Das war seine „Entschuldigung“, oder war es wirklich seine Meinung, daß wir ohne 13—14 Stunden Arbeit nicht auskommen? Ich bin bald 40 Jahre lang Gärtner, habe oft wochen- und monatelang von 6 Uhr morgens bis 1 Uhr nachts gearbeitet und glaubte damals, das sei notwendig. Unter 11 Stunden Arbeit im Beruf glaubten wir früher ja nicht auskommen zu können. Henry Ford läßt acht Stunden arbeiten und wird dabei der reichste Mann. — Ich stehe heute auf dem Standpunkt, daß auch die Gärtnerei mit weniger als 11 und 10 Stunden Arbeit durchschnittlich auskommen kann. Dieses „Ausmergen“ der Arbeitskräfte, wie es wohl viele meiner Altersgenossen in früheren Jahren am eigenen Leibe erfahren haben, kann niemals richtig sein. Lange Arbeitszeit ist oft die Ursache von Mißmut und Unruhe in der Arbeit und den vielen wirklichen und „geheuchelten“ Erkrankungen. Ich kann nur raten, es mit einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden zu versuchen; Ausnahmen lassen sich vielleicht nicht vermeiden. Aber wir sollen in der verkürzten Ar-

beitszeit auf energisches Einsetzen aller Kräfte halten, die ein gut ausgeruhter Körper leisten kann und muß. Vor allem aber soll der geistige Leiter eines Betriebes die nötige Ruhe auch für sich fordern; er soll mehr als alle anderen Qualitätsarbeit leisten. Er darf niemals in seiner täglichen Arbeit völlig aufgehen. Vielmehr soll er sich hin und wieder davon losmachen, um sich umzusehen, sonst geht ihm der klare Blick verloren und er verliert sich im Alltäglichen, und anstatt voranzuschreiten, läßt er sich mit-schleppen."

Staats- und Gemeindegärtnererei

Welcher Organisation haben sich die Staatsgärtner anzuschließen?

So ungefähr lautet die Fragestellung in einem Artikel eines Gärtners Mielke, Berlin, im Organ des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes vom 17. Juli 1925. Um denen, die nie alle werden, die Antwort auf diese Frage zu erleichtern, versteigt sich der Verfasser zu folgender Verunglimpfung unseres Verbandes:

"... Ich möchte in diesem Zusammenhang auch meine Berufskollegen darauf hinweisen, daß, soweit ich die Tarife der Berufsorganisation (Verband der Gärtner usw.) durchgesehen habe, die Löhne hinter denen von unserer Organisation vereinbarten weit zurückstehen. Ich will damit nicht sagen, daß unser Einkommen ausreichend ist, sondern ich möchte feststellen, daß auch die Gärtner, wenn sie ihre wirtschaftlichen Verhältnisse bessern wollen, verpflichtet sind, mit allen anderen Arbeitnehmern organisatorisch zusammenstehen müssen!" ...

Entweder hat der Artikelschreiber keine Ahnung von Gärtnerlöhnen, oder er schrieb das aus bewußter Taktik. Deswegen will ich an einem Beispiel beweisen, daß die Löhne der Gärtner im Privatbetrieb höher sind als im Staatsbetriebe. In Hamburg erhält der Landschaftsgärtner ab 1. Mai 95 Pf. die Stunde, der Staatsgärtner aber nur 77 Pf. und eine Ausgleichszulage von 8 Pf. die Stunde, weil die Privatlöhne höher sind, insgesamt also 85 Pf. oder 10 Pf. weniger als der Landschaftler. Und so wird es wohl noch in manchen Orten sein.

Wenn also die Berufsorganisation nicht dafür eingetreten wäre, höhere Löhne herauszuholen, würden die Staatsgärtner wohl leer ausgehen. Deshalb ist es Pflicht aller Gärtner, ihrer Berufsorganisation anzugehören, denn sie allein bietet die Gewähr, den Gärtnerarbeitern in allen Berufsfragen helfend und beratend zur Seite zu stehen. Der letzte Satz Mielkes will wohl den Anschein erwecken, als wenn wir eine „Sekte für uns“ wären, wenn er schreibt, wir müßten mit allen anderen Arbeitnehmern organisatorisch zusammenstehen, wenn wir unsere Verhältnisse bessern wollten. Das war uns schon sehr früh bekannt, sicher ehe Mielke sich organisierte; aber warum erklärt dann ein Vorstandsmitglied des St.-A.-V., Filiale Hamburg, der auch Betriebsrat ist: Für Gärtner, die nicht bei uns organisiert sind, habe ich kein Interesse, sie zu vertreten. Ist das Solidarität?

Nein, Berufskollegen! Hinein in die Berufsorganisation! Nur dann werdet ihr euren Beruf so ausgestalten, daß er euch auch noch im späten Alter die Gewähr einer Existenz bietet. Heran an die Mitarbeit! Keiner darf abseits stehen! Es lebe der Verband der Gärtner und Gärtnererarbeiters!

Dühring, Hamburg.

Blumengeschäfte

Über einen Lehrgang für Bindekunst in Weihenstephan

Ist am 16. Juni zwischen der bayerischen Regierung und dem Verband deutscher Blumengeschäftsinhaber verhandelt worden. Anfänglich bestand die Absicht, ihn nach Dahlem oder Pillnitz zu legen, seit aber die höhere Lehranstalt in Weihenstephan von den Fesseln der Landwirtschaft befreit ist und die bayerische Regierung sich auch zur finanziellen Unterstützung bereit erklärt hat, hat man sich für Weihenstephan entschlossen und hofft, daß der Verbandstag im August 1925 sich mit dem Gesamtplan einverstanden erklärt. Der Kursus soll am 15. November beginnen und bis zum 31. August des folgenden Jahres dauern.

Treutlein-Nürnberg, der Sekretär des V.D.B., wünschte die Verleihung eines Diplomgrades (I) bei der Abschlußprüfung. Das wurde mit Recht abgelehnt, weil infolge Fehlens eines niederen Lehrganges nicht von einem höheren geredet werden könne und weil auch noch Bedenken beständen. Wir wundern uns, daß man nicht gleich die Verleihung des Dokortitels gefordert hat. In Deutschland kann man sich eben von dem alten Klübnicht losreißen, man hält Kenntnisse für wichtiger als Können und — Diplome oder Zeugnisse für wertvoller als Fähigkeiten. Es wirkt zweifellos auf die Lachmuskeln, wenn man sich im Geist den „Diplom-Blümler“ vorstellt, aber jeder blamiert sich eben, so gut er kann.

An Gebühren sollen von jedem der erwarteten 30—40 Schüler 45 M. erhoben werden, trotzdem wird der V.D.B. noch 20 000 M. zuschießen müssen, der Staat will den Rest von 13 700 Mark übernehmen. Dabei ist auch die Anstellung eines tüchtigen

Anträge für den Verbandstag

müssen bis zum 15. Aug. bei der Hauptverwaltung eingereicht sein.

Die Delegiertenwahlen

sind in den Augustversammlungen vorzunehmen. Stimmzettel, Wahprotokolle und Anweisungen erhalten die Ortsverwaltungen, Zahlstellen und Einzelmitglieder von den Gauleitungen.

Binders mit jährlich 3000 M. Gehalt vorgesehen, Hoffentlich nehmen sich die Geschäftsinhaber diese Besoldung auch als Muster für ihre eigenen Binder.

Im allgemeinen kann man es nur begrüßen, wenn sich die Blümler so für die theoretische und praktische Weiterbildung einsetzen. Diese Bemühungen werden aber etwas eigenartig beleuchtet, wenn man feststellen muß, daß der V.D.B. es uns — obgleich wir mit ihm noch immer in einer Art Arbeitsgemeinschaft stehen, abschlägt, auf seinem Verbandstag an einer Beratung der Fachschullehrer teilzunehmen, uns vielmehr auf die Zukunft vertröstet, die immerhin einigermaßen problematisch ist. Gerade bei der Feststellung von Grundlagen für die künftige Lehrtätigkeit hätten wir zweifellos viele Erfahrungen in die Wagschale werfen können. Man merkt die Absicht und — wird sich danach zu richten wissen.

Der neue holländische Zolltarif,

der am 1. Juli in Kraft getreten ist, sieht für Blumen, Blätter, Gräser, Moos und ähnliches einen Zoll von 8 Proz. ihres Wertes vor. Deutschland genießt infolge des Handelsvertrages mit Holland das Meistbegünstigungsrecht, also alle Vergünstigungen die auf Grund des Tarifs irgendeinem anderen Lande gewährt werden.

Berichte

Ein leuchtendes Beispiel für die junge Gehilfenschaft!

Am 2. Mai konnte das Mitglied der Ortverwaltung Dresden, der Koll. Alfr. Nitzsche, Kötzschenbroda, sein 25 jähriges Verbandsjubiläum begehen. Nicht nur auf eine 25 jährige ununterbrochene treue Mitgliedschaft kann er zurückblicken, sondern auch auf eine fast ebensolange unermüdete Kassierertätigkeit. Unter den schwierigsten Verhältnissen hat er es stets verstanden, sein Amt zur vollsten Zufriedenheit auszuführen.

Wir beglückwünschen den Jubilar aufs herzlichste und hoffen, ihn weiterhin noch recht lange in unseren Reihen als tätigen Kollegen und Mitkämpfer begrüßen zu können.

Unserer heranwachsenden Kollegenschaft jedoch soll dieser Kollege als mustergültiges Vorbild dienen!

Reichsverband der deutschen Gartenbau-Beamten.

Der Verband hielt am 4. und 5. Juli in Breslau seine Hauptversammlung ab. Nachdem am Vormittag des 4. Juli die Fachausschussitzungen und eine Vorstandssitzung erledigt waren, fand am Nachmittag unter Führung von Gartenbaudirektor Dannenberg eine Besichtigung der inneren Stadt, sowie der Garten- und Parkanlagen statt, während ein anderer Teil unter Führung von Friedhofsdirektor Erbe die Friedhöfe in Cosel und Oswitz besichtigte. Der Abend vereinte alle Teilnehmer zur Feststzung. Der Vorsitzende, Obergarteninspektor Bärowald, Chemnitz, gab seiner besonderen Freude über die zahlreich erschienenen Vertreter Ausdruck.

Direktor Dannenberg sprach sodann über „Forderungen der Neuzeit an öffentliche Grünanlagen“. An einer Reihe von Lichtbildern veranschaulichte er seine Forderungen nach Schaffung von Spiel- und Sportplätzen, Planschwiesen und neuzeitlichen Parkanlagen. Direktor Erbe sprach dann über „Die Betonung der gartenmäßigen Gestaltung und pflanzlichen Ausschmückung der Friedhöfe“. Ganz ausgezeichnet verstand es der Redner, seine gewiß nicht leichte Aufgabe zu lösen und die Zuhörer für dieses Thema zu gewinnen. Besonders betonte er, daß der Gartenfachmann unendlich viel für die Stimmung und Weihe des Friedhofes tun könne. Auch dieser Vortrag war durch Lichtbilder unterstützt und fand reichen Beifall. Ein geselliges Beisammensein vereinte die Teilnehmer bis in die späten Abendstunden.

Der 2. Verhandlungstag wurde durch eine gemeinsame Autofahrt zur Besichtigung des Südparks eingeleitet, sie endete an der Matthiaskunst. Die Hauptversammlung wurde durch einen Vortrag von Ökonomierat Schindler, Pillnitz, über „Werdegang und Ausbildung der Gartenbau-Beamten“ eingeleitet. Redner zeichnete in klaren Umrissen den Stand des heutigen Ausbildungswesens und schenkte dem gesamten Fachschulwesen und der Prüfungstechnik für die Praktiker weitgehendste Beachtung. Darüber wurde der Frage des internationalen Lehrlings- und Gehilfenaustausches, der Abhaltung von Sonderkursen größte Beachtung

geschenkt. Den hochinteressanten Ausführungen des Redners wurde ungeteilte Aufmerksamkeit und lebhafter Beifall zuteil.

In der anschließenden Hauptversammlung fanden hauptsächlich die vorliegenden geschäftlichen Angelegenheiten ihre Erledigung. Die folgende Hauptversammlung findet im nächsten Jahr anlässlich der Jubiläums-Gartenbau-Ausstellung in Dresden statt.

Vahlergebnis der Wahlen der Abgeordneten zur Generalversammlung der Gärtnervereinigung am 9., 10. u. 11. August 1925 zu Leipzig.

Es erhielten nachstehend verzeichnete Herren Stimmen: F. Haberer 5195, B. Wendt 5077, A. Höpfer 4919, M. Bonsack 4878, A. Thiele 4860, F. Stumpe 4834, A. Heinsen 4822, R. Nagel 4754, E. Plum 4690, A. Stolze 4690, C. Ebhardt 4646, H. Seyfert 4598, O. Guckeisen 4569, H. Wieler 4439, Chr. Roder 4433, J. Groth 4409, P. Sieveck 4399, C. Rupprecht 4388, A. Pralle 4357, L. Haase 4283, R. Zimmermann 4249, Fr. Wolter 4247, W. Lüttjes 4243, H. Schomburg 4189, C. Maygath 3852, W. Schramm 1547, O. Müller 1541, F. Schmidt 1525, H. Bräme 1519, J. Löcher 1514, P. Saar 1505, H. Wendt 1502, P. Strehlow 1493, P. Kridde 1456, Chr. Huber 1418, W. Reinhold 1396, E. Bernotat 1383, R. Holtze 1374, A. Schirmer 1304, F. Schmidt 1262, R. Ilio 966, W. Fischer 960, M. Fett 901, A. Köhler 877, W. Simon 876, R. Rößler 824, A. Barthel 822, R. Schneider 803, M. Strauß 779, J. Geist 760, R. Röber 784, A. Grüning 736, A. Bohm 724, F. Haereke 714, A. Friedrich 695, W. Elsner 693, Th. Mayer 684, J. Pietschker 669, W. Küster 658, M. Kröner 634, W. Fröhling 616, W. Kersten 556, H. E. Strehle 552, W. Busse 520, K. Zink 514, K. Schickor 502, R. Gans 482, E. Kersten 472, R. Kasch 446, M. Müller 424, G. Elbers 415.

Davon sind die ersten 20 (gesperrt gedruckten) Herren als Abgeordnete und die nächstfolgenden fünf Herren als Ersatzmänner gewählt.

Die Verschmelzung der ehemaligen Köstritzer und Pillnitzer ist anlässlich der 36. Hauptversammlung der Köstritzer in Pillnitz vollzogen worden. Vorsitzende wurden Camillo Schneider, Berlin und Gartendirektor Tutenberg, Altona.

Nachklänge zur Wahl für die sächsische Gartenbaufachkammer.

„Der Deutsche Gartenarchitekt“ bringt in einer seiner letzten Nummern eine Abhandlung von Dänhardt. Dresden, über die neue Kammer, in deren rosige Färbung die Schriftleitung durch ein Nachwort einige Schatten setzt. Dänhardt bemerkt nämlich, daß die Einreichung einer einzigen Wahlliste ein schöner Beweis für die Einigkeit der sächsischen Gartenbauern wäre, der Gartenarchitekt dagegen betrachtet dies als ein Zeichen der Interessenlosigkeit. Die Gartenarchitekten wären z. B. nur durch einen Herrn dort vertreten, was ihrer Bedeutung keinesfalls entspreche. Ebenso wären sie bei der sächsischen Gärtnerstatistik vom 10. Mai d. J. mit keiner Pubrik berücksichtigt. Das ist besonders interessant, wenn man die Bemühungen Dr. Ritters bei der letzten Volkszählung nach der gleichen Richtung hin verfolgt hat. Es scheint aber diesen Herren nur darauf anzukommen, das Bild der deutschen Gärtnerei von der Kohl- und Mohrrübensseite aus zu zeichnen, dagegen alles, was nur nach Gewerbe riecht, einfach zu verleugnen. So soll ja z. B. auch das Handbuch des Reichsverbandes nichts über Gartenarchitekten enthalten. Dadurch erscheint die Neugründung der Gartenarchitektenfachgruppe in diesem Verband in einem besonders schönen Licht.

Aus dem Gartenbauausschuß für Brandenburg.

In der Sitzung vom 11. Juni wurde das Ergebnis der Frühjahrsprüfungen für Lehrlinge und Obergärtner bekannt gegeben, worüber wir bereits in Nr. 14 der „A. D. G.-Ztg.“ berichtet haben. Dann stimmte man dem neu bearbeiteten Lehrvertrag zu und lehnte einige Anträge auf Anerkennung als Lehrwirtschaft ab. Die Landwirtschaftskammer hat zur Förderung des Absatzes von Gemüse und Obst 25 000 M. bewilligt, davon 10 000 M. für die neuerrichtete Konservenfabrik in Frankfurt a. O. und 15 000 M. für die Einführung von Packstationen. Unter „Verschiedenes“ bedauerte der Ausschuß, daß bis heute die Frage der besonderen Beitragsleistung des Gartenbaues zur Landwirtschaftskammer noch nicht geregelt ist und erwartet, daß die Kammer mit allem Nachdruck auf die Regelung der Frage hinwirke. Bei „Mittelungen“ wurde bekannt gegeben, daß im Vetschau eine Gemüsehauerschule errichtet werden soll. Den Gutsgärtnern, die eine besondere Vertretung im Ausschuß gefordert hätten, wurde empfohlen, sich erst zu organisieren. Ein sehr vernünftiger Beschluß!

Völlig unverständlich ist aber die Aussprache über das Verhältnis der kommunalen Betriebe zum Erwerbsgartenbau. Es sollen besonders die Haushaltungsmilch der Kommunen sorgfältig daraufhin geprüft werden, ob die Gärtnereibetriebe Zuschüsse erfordern und aus welchen Kapiteln sie gedeckt werden. Dieser verkehrte Standpunkt ist nur aus der speißbürgerlichen Einstellung zahlreicher Unternehmer erwachsen, die sich auf Grund ihrer verkümmerten Traditionen einbilden, die Entwicklung aufhalten zu

können. Außerdem zeugt aber dieser geistreiche Beschluß auch noch von einer maßlosen Überhebung, insofern man sich einbildet, ein Monopol auf die Produktion zu haben, das berechtigt, jede Konkurrenz niederzuknüppeln. Wann werden die engstirnigen Verfechter dieser überlebten Theorie endlich einmal einsehen, daß wir im Zeitalter der Gewerbefreiheit leben und außerdem gezwungen sind, Deutschlands Produktion auf das höchste Maß zu steigern? Will man von dieser Pflicht die Kommunen, den Staat, die Kleingärtner usw. ausschalten, nur weil man angeblich Steuerzahler ist, worüber wir uns unsere eigenen Gedanken machen?

Diese Angelegenheit fängt allmählich an kindisch zu werden, wenn man z. B. in Gruppenberichten des „Erwerbsgartenbaues“ liest, daß da und dort Beschwerden erhoben worden sind, weil Lehranstalten oder ähnliches ihre Produkte verkauft haben. Sollen sie diese vielleicht verkommen lassen, obgleich sich heute Tausende kein Obst kaufen können, weil z. B. das Pfund Kirschen in Berlin 50—60 Pf. kostet?

Das könnte wohl nur ein Idiot verlangen. Uns erwächst aber die Pflicht, den Ausbau von Stadtgärtnereien mit allen nur möglichen Mitteln zu fördern, denn auch die Kommunen haben ein Recht, nein, die Pflicht zur Produktion und das Recht sich Einnahmequellen im Interesse der steuerzahlenden Allgemeinheit zu erschließen.

Der süddeutsche Gärtnerstag

in Ludwigshafen sah am 11. und 12. Juli eine große Anzahl Unternehmer aus ganz Süddeutschland, besonders war Württemberg überaus zahlreich vertreten. Der eingehenden Besichtigung der Gartenbauausstellung schloß sich am Sonntag die erste Versammlung an. Der Vorsitzende des Landesverbandes Baden, Kocher (Mannheim), gab ein klares Bild über die Entwicklung der süddeutschen gärtnerischen Verbände, begonnen mit der Gründung in den Jahren 1900—1905, die bereits im Jahre 1903 in richtiger Erkenntnis der Bedeutung eines Verbandes zu der ersten süddeutschen Tagung in Heidelberg führte. Die persönliche Fühlungnahme sei es gewesen, die für jeden einzelnen der zusammengeschlossenen Verbände von weitgehendem Nutzen und Erfolg war.

Hierauf sprach der Vorsitzende der Württemberger Genossenschaft, Trautwein, über Zölle und die Bereitstellung von billigen Reichskrediten.

Schutzzoll und Erfurter Handelskammer.

Der Jahresbericht der Erfurter Handelskammer weist darauf hin, daß hinsichtlich des Bezugs von Bindereihartikeln im Jahre 1924 keine besonderen Schwierigkeiten aufgetreten seien. Im Gegenteil habe sich der Handel mit den überseeischen Ländern wieder so belebt wie in der Vorkriegszeit. Seit aber im Oktober 1923 ein Zoll von 100 M. auf einen Doppelzentner der Bindereimaterialien eingeführt worden wäre, seien starke Hemmungen eingetreten. Kommentar überflüssig!

Der Bund Deutscher Baumschulenbesitzer

Fiel vom 5. — 11. Juli in Konstanz seine Hauptversammlung ab. Nach Erstattung des Geschäfts- und Kassenberichts rief die Berichterstattung über die Beschlüsse der 37. und 38. Geschäftsausschußsitzung eine lebhaft ausgeprägte Aussprache wegen der Preispolitik hervor. Eine Resolution verpflichtet die Mitglieder zur Einhaltung einer bestimmten Preisgrenze. Als Ort für die nächste Tagung wurde Dresden bestimmt. In der hierauf folgenden öffentlichen Mitgliederversammlung erstattete der Geschäftsführer Tetzner einen Vortrag über die „Die Wirtschaftlichkeit der Baumschulen“, wobei er natürlich die städtischen Baumschulen scharf kritisierte. Weiter sprachen Prof. Dr. Korf-München über die „Bekämpfung von Schädlingen in obstbaulichen Betrieben“ und Dr. Besser vom Kalisyndikat über „Bodendüngung“.

Die Preispolitik des Bundes Deutscher Baumschulenbesitzer

ist noch immer Gegenstand lebhafter Erörterungen in der Zeitung des Bundes Deutscher Gartenarchitekten. Wir haben ja bereits im Herbst vorigen Jahres an dieser Stelle Kenntnis davon gegeben, daß die Gartenarchitekten die Preise des B.D.B. Wucherpreise nannten und darüber hinaus von riesigen Einfuhrmengen vor Eintritt der Zollhöhen sprachen.

Merkwürdigerweise findet der B.D.B. erst jetzt nach etwa 8 Monaten Worte zu einer Berichtigung, die obendrein durch ihre Kürze beweist, daß man nicht allzuviel zu sagen weiß. Infolgedessen ergreift der „Gartenarchitekt“ die günstige Gelegenheit, seine vorjährigen Ausführungen nochmals zu unterstreichen und dabei etwas deutlicher zu werden.

Er betont nämlich, daß gerade prominente Baumschulenbesitzer ungeheure Mengen billiger Pflanzen in Holland aufgekauft und nach hier gebracht hätten wo sie noch heute des Käufers harren. Andere wieder hätten zwecks Zollersparnis den Transportweg über Luxemburg gewählt, seien aber von der Zollbehörde geklappt und mit hoher Strafe (man munkelt von 600 000 M., die sich auf etwa 23 Firmen verteilen) belegt worden. Vorgänge, über die wir ebenfalls im Juni d. J. schon berichteten, weil sie die „Schutzzöllner“ in bengalischer Beleuchtung zeigen.

Beachtlich sind aber nun die neuerlichen Hinweise des „Gartenarchitekt“ auf die Folgen dieser Preispolitik. Geplante Anlagen wurden nicht vergeben, weil den Auftraggebern die Gehölzpreise zu hoch waren. Fertige Neuanlagen begegneten größeren Schwierigkeiten bei der Abrechnung, weil die Besitzer inzwischen Kenntnis von der Herabsetzung der Gehölzpreise bekommen hatten und sich betrogen fühlten, obgleich die Gartenarchitekten bei der Bepflanzung tatsächlich die höheren Preise hatten zahlen müssen. Dieses Verschleudern der Ware hatte eingesetzt, weil die Baumschulisten dringend Geld zur Abdeckung ihrer holländischen Verpflichtungen brauchten. Rosen, die z. B. mit 1,20 M. je Stück angeboten waren, wurden schließlich zu 30 Pf. losgeschlagen, denn die Wirtschaft konnte einfach diese Märchenpreise nicht zahlen.

Hier sehen wir also klar und deutlich, wohin es führen würde, wenn wir wirklich all die geplanten Schutzzölle bekämen: nämlich zur Absatzstockung mit Arbeitslosigkeit und Elend im Gefolge.

Diese Auffassung vertritt auch der „Gartenarchitekt“, wenn er schreibt, jenen Herren käme es weniger auf die Steigerung der Produktion unter dem Schutz des Zolles an, sondern auf das Verdienen beim Handeln. Es wäre ihnen nicht gewesen, wieviel deutsches Geld nach dem Ausland geflossen sei, wenn sie nur Profit einstecken konnten. Mit solchen Experimenten bewiesen die Verfechter des Schutzzolles selbst seine Überflüssig- und Nutzlosigkeit.

Dem pflichten wir bei, fügen aber außerdem noch hinzu, daß wir uns freuen, wieder mal einen Beweis mehr für den Charakter der Gärtnerei als „Handelsgärtnerei“ in den Händen zu haben. Als nämlich 1921 die Reichsbehörden eine Studienreise durch das holsteinische Baumschulgebiet veranstaltet hatten, um zu prüfen, ob die Baumschulen landwirtschaftlichen oder gewerblichen Charakter hätten, da behaupteten alle Baumschulbesitzer, daß sie fast gar nichts zukaufen und wenn doch, dann nur zur Komplettierung erhaltener Aufträge.

Geglaubt hat ihnen das natürlich niemand, wir bestimmt nicht, obgleich der Geschäftsführer des Bundes sich viel Mühe gegeben hat, alle möglichen Beweise dafür an den Haaren herbeizuziehen.

Die Gärtnerei ist und bleibt Gewerbe, selbst wenn man es noch so sehr bestreitet!

Lehrlings- und Bildungswesen

Der 4. Lehrgang der Akademie der Arbeit

ist nach neunmonatiger Dauer am 27. Juni d. J. zu Ende gegangen. Er war von 53 Hörern — 48 Männern und 5 Frauen — aus ganz Deutschland besucht. Die Vorlesungen, Übungen und Arbeitsgemeinschaften umfaßten insgesamt 868 Stunden; davon entfielen auf allgemeine und Einführungsvorlesungen 120, auf Vorlesungen über Volkswirtschaft 322, über Recht 191, über Staatslehre und Politik 54, über Gesellschaftslehre und Gesellschaftspolitik 181 Stunden. Dazu kam eine Reihe von Exkursionen und von Besichtigungen privater und öffentlicher Unternehmungen und Anstalten.

Der 5. Lehrgang wird am 1. Oktober beginnen und bis zum 30. Juni 1926 dauern. Die Hörgelühr beträgt 100 R.-M. Anmeldungen sind — am besten in der Zeit vom 15. August bis 1. September — an die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt a. M., Zimmer 68, zu richten.

Ausland

Gesetzliche 44-Stunden-Arbeitswoche in Australien.

Vom 1. Juni 1925 ab ist im Staate Queensland die 44 stündige wöchentliche Arbeitszeit in allen Gewerbezweigen eingeführt. Die hierfür notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen wurden von der Arbeiterregierung dieses Staates eingeleitet. Da zwei Drittel aller Arbeiter in Queensland bereits die 44-Stundenwoche besitzen, erwartet man keine einschneidenden Folgen von der Anwendung dieses Arbeitszeitgesetzes.

Die Arbeiterregierung von Westaustralien ist auch im Begriff, eine Gesetzesvorlage über die 44-Stundenarbeitswoche fertigzustellen; ferner soll durch die Gesetzgebung ein Mindestlohn festgelegt werden, berechnet nach den Bedürfnissen einer fünfköpfigen Familie anstatt, wie bisher, eine vierköpfigen. Weitere Vorlagen betreffen die Schaffung von paritätischen Schlichtungsstellen für wirtschaftliche Kämpfe und eine Neuregelung des Lehrlingswesens.

Rundschau

Die Gebühr für Arbeitsbücher der Minderjährigen.

Nach einem Reichsgesetz vom 16. Juli (R. G. Bl. Nr. 33) kann für die Neuausstellung eines verloren gegangenen oder vernichteten Arbeitsbuches eine Gebühr bis zu 50 Pfennig erhoben werden.

Denkt an die Kinder!

Wird die Zollvorlage Gesetz, so steigt der Preis von

Butter	um mehr als	7 Proz.
Margarine	„ „	19 „
Schweineschmalz	„ „	7 „
Gemüse	„ „	20 „
Zucker	„ „	15 „
Rindfleisch	„ „	20 „
Hammelfleisch	„ „	22 „
Schweinefleisch	„ „	25 „
Schwarzbrot	„ „	13 „
Weißbrot	„ „	10 „
Kartoffeln	„ „	10 „

Ist das nicht seltsam?

Unter dieser Spitzmarke veröffentlicht Fritz Kummer, der Schriftleiter der „Metallarbeiterzeitung“, eine Reihe von Heispielen aus dem Leben, über die es sich lohnt, etwas tiefer nachzudenken: Wenn du einen Mann mit einer Bierflasche auf den Kopf schlägst und er daran stirbt, bist du ein Mörder. Wenn aber ein Dutzend geschwiegelter Schurken Millionen Menschen dazu bringen, sich gegenseitig totzuschlagen wegen Erzlagern oder Kohlenfeldern, so ist das ein heiliger Krieg, und seine Urheber bekommen Orden und Ehrenstellungen. Wenn du mir meine Uhr — die einen Wert von vielleicht 3 M. hat — stiehl, bist du ein Dieb. Wenn du aber darin erfolgreich bist, Uhren, die einen wirklichen Wert von 3 M. haben, für 30 M. zu verkaufen, bist du ein tüchtiger Kaufmann. Wenn du für 10 Menschen eintrittst, die zwölf Stunden im Tag für ein Trinkgeld ausgebeutet werden, bist du ein bezahlter Agitator, ein Arbeitergroschenverschwender, ein Futterkrippeninhaber. Wenn du aber keinen Handstreich nützliche Arbeit tust und die Arbeiter um ihre sauer verdienten Groschen prellst und vom Lohndiebstahl großzügig lebst, bist du ein Träger der nationalen Wirtschaft, die Minister neigen sich vor dir und die Türen der Gesellschaft stehen dir weit offen. Wenn du den Inhalt der kapitalistischen Presse und ihre zu Nutz und Frommen der großen Geschäftemacher gestauchten Nachrichten als Evangelium nimmst, wirst du als ein politisch kluger Mann gefeiert. Wenn du aber diese Presse kritisch musterst und dir ein eigenes Urteil zu bilden dich bemüht, bist du eine verdächtige Person. Wenn du versuchst, deine Arbeitskraft zurückzuhalten, um ein paar Groschen mehr Lohn für dich und ein paar Bissen mehr Brot für deine Kinder zu erlangen, bist du ein Bolschewist. Wenn du aber im Kriege wichtige Rohstoffe ins Ausland verschiebst oder Lebensmittel so lange zurückhält bis Anreizpreise gezahlt werden, so bist du ein großer Wirtschaftsführer, wirst zu den Staatserhaltenen gerechnet und von der Regierung als Sachverständiger bevorzugt. Wenn du die Kriegsschuld der Kriegsverdiener und die erbärmliche Unfähigkeit der Regierungen, den Frieden zu wahren, aufzeigst, bist du ein Dolchstößler. Solange du aber mit der von schwerindustriellen Silberlingen bezahlten Meute heulst und ausschreist, es habe niemals uneigennützigere Leute als die Kriegslieferanten gegeben und die eigne Regierung habe nie ein Wässerchen getrübt, dann bist du ein wahrer Patriot.

Weshalb ist Amerika produktiver als Europa?

(J. G. B.) Eine amerikanische Industrie-Gesellschaft, die sowohl in Amerika als auch in Europa Betriebe unterhält, veröffentlichte kürzlich eine Übersicht der im Jahre 1924 ausbezahlten Löhne. Dabei ergaben sich folgende Zahlen: Lohn pro Tag: Amerika 5.60 Dollar, England 2.28 Dollar, Deutschland 1.55 Dollar, Frankreich 1.35 Dollar, Belgien 1.14 Dollar, Italien 0.98 Dollar. Der Verfasser der Arbeit fügt bei, die große Differenzen zwischen dem Lohn in Amerika und Europa sei hauptsächlich auf die größere Produktivität des amerikanischen Arbeiters zurückzuführen und diese ihrerseits auf die Tatsache, daß der amerikanische Unternehmer im Verhältnis zu den Löhnen, ein viel größeres Kapital in den Betrieb steckt als der Unternehmer in Europa. Dieses werde vor allem zur Verbesserung des Produktionsapparates verwendet, sodaß die Produktion je Kopf so viel größer sei. Ein anderer, in Betracht zu ziehender Faktor seien die billigeren Kohlenpreise in Amerika.

Dazu ist zunächst zu bemerken, daß natürlich die Kaufkraft des Geldes in den verschiedenen Ländern berücksichtigt werden muß, die z. B. in Amerika verhältnismäßig gering ist. Im übrigen sehen die fraglichen Arbeitgeber ihre Weisheit nur insofern in die Tat umzusetzen, als sie ihre Unternehmungen in Europa so organisieren, daß zwar die Produktion höher ist, während deren finanzielle Resultate den Arbeitern nicht zugute kommen, sondern die Chefs stecken die Differenzen vernügt in die Tasche und zahlen ihre Arbeiter womöglich noch schlechter als ihre europäischen Unternehmerkollegen.

Der deutsch-französische Eisenstrust.

Obleich sich die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich bis auf weiteres zerschlagen haben, steht doch ein Sonderabkommen der beiderseitigen Schwerindustriellen unmittelbar vorm Abschluß. Die Großkapitalisten einigen sich also hinter dem Rücken ihrer Regierungen über die Profitrate, indem sie gegenseitig die ein- bzw. auszuführenden Mengen vereinbaren und sich Konzessionen machen. Das ist die internationale des Kapitals, warum bekämpft sie die internationale der Arbeit in jedem Land als vaterlandslos? Kollegen denkt einmal darüber nach!

Der deutsch-polnische Zollkrieg.

dessen Urheber sich jetzt gegenseitig die Schuld zuschieben, hat auch auf deutscher Seite Veranlassung zur Einführung von Kampfzöllen gegeben. So ist u. a. die Zollfreiheit in Küchengewächsen aufgehoben und dafür ein Satz von 20 M. je Doppelzentner eingeführt worden. Also überall Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Massen, nur weiß sich einige im Dienste des Staates, d. h. der Allgemeinheit stehende, von uns und dem polnischen Volk bezahlte Dickköpfe nicht einigen können. Auch Frankreich hat zur Schikanierung Deutschland wegen der ins Wasser gefallenen Handelsvertragsverhandlungen ein Kohleneinfuhrverbot erlassen. Dadurch stapeln sich natürlich die Haldenvorräte immer mehr, die Arbeitslosigkeit wird immer größer, der Inlandsmarkt läßt nach, weil kein Geld unter den Massen ist. Und so was nennt sich gottgewollte Wirtschaftsordnung.

Was die Frau erspart, ist so gut wie das, was der Mann erwirbt!

Dieses alte und doch immer neue Sprichwort gibt zu denken. Wenn es wahr ist, und es ist wahr, so steht unzweifelhaft fest, daß ein sehr großer Teil der Hausfrauen seine besondere Aufgabe als Mithelferin und Mitarbeiterin des Mannes nicht richtig auf faßt. Denn wenn in jenem Sprichwort auf das Sparen hingewiesen wird, so soll damit bestimmt nicht dem Zusammenscharren von Geld auf Kosten der gesamten Familie das Wort geredet werden. Das tritt in einem anderen Satz sehr deutlich in Erscheinung. Dort heißt es: Des Mannes Sache ist es, zu verdienen, Sache der Frau, richtig auszugeben. Auf das Richtige ausgeben kommt es also an. Da hapert es aber gewaltig. Es ist heute nicht mehr so wie in den Inflationsjahren. Damals mußte jede Frau laufen und noch länger stehen, um überhaupt die notwendigsten Lebensmittel zu bekommen. Besonders höflich wurden die Hausfrauen damals nirgends behandelt. Aber, wie immer, das Volk verhält sich recht rasch, so auch in diesem Falle. Ein Teil der Frauen unterliegt den Lockungen der riesenhaften Reklame, der andere Teil aber hat sich schon lange wieder das zweite Sprichwort, das Richtige ausgeben, zur Richtschnur genommen und deckt seinen gesamten Bedarf in der Genossenschaft. Die Konsumvereine haben in vielen Frauenversammlungen durch die an diesen Abenden veranstalteten Warenausstellungen immer wieder den Beweis geliefert, daß die Genossenschaften die vorteilhaftesten Bezugsquellen sind. Es kann auch gar nicht anders sein. Der Händler muß und will verdienen. Nicht um seiner Mitmenschen, sondern um seiner eigenen Existenz willen betreibt er sein Gewerbe. Die Genossenschaft ist aber das gemeinsame Unternehmen vieler, errichtet, um zunächst die Mitglieder mit guten und preiswerten Waren zu versorgen und dabei Erstarbisse zu machen.

Eine treffliche Mahnung

achtet die „Fränkische Tagespost“ unter dem Titel: „Wenn zwei das gleiche tun!“ an die Unorganisierten:

„Wie heißt derjenige, der des Nachts in den Garten seines Nachbarn einbricht und sich die Früchte aneignet, deren Pflege dem Besitzer so viel Mühe und Arbeit kostet?“

Dieb! So nennt man ihn.

Wie heißen diejenigen, die die Früchte der Organisation in Gestalt von Mehrlohn, Arbeitszeit usw. einstecken, die den Arbeitern zukommen, ohne daß sie zur Stärkung der Organisation etwas beitragen?“

Diebe am Arbeiterrecht! So werden sie genannt.

Während man den, der sich an fremden Gartenfrüchten bereichert, bestraft, prahlen jene, die die Früchte der Organisation stehlen, noch öffentlich damit. — Statt daß man sie mit Verachtung straft, nicht mit ihnen verkehrt, wo es eben geht, nicht mit ihnen arbeitet, ist es soweit gekommen, daß man ihnen Beifall zollt.

Dies muß anders werden. Schlimmer noch als der betreffende Feind, den niemand liebt, ist der Feind im eigenen Lager der Arbeiterschaft. Gut Freund mit ihm sein, Tiraden noch zujubeln, heißt Verrat an der Arbeiterschaft.“

Vom Radio

plaudert der österreichische „Land- und Forstarbeiter“, da diese wunderbare, bei uns so volkstümliche Erfindung auch dort Eingang gefunden hat. Er hofft, daß der großen Masse der Bevölkerung nun nicht ebensolcher Kitsch geboten wird, wie meist im Kino, sondern daß beide Erfindungen sich künftig um die Verbreitung wahrer Bildung und genußreiche: Unterhaltung unter der von sonstigen Bildungsmöglichkeiten fast ausgeschlossenen Landbevölkerung verdient machen.

Da Radio aber nicht nur ein Kulturspender, sondern u. U. auch eine scharfe Waffe der Arbeiterschaft bei Wahlen u. dgl. sein könne, empfiehlt unser Bruderorgan die gemeinsame Errichtung einer Empfangsstation (mit Dreiröhrenapparat) für jede auf dem flachen Lande liegende Verwaltungsstelle des dortigen Verbandes, um sie so mit ganz Europa in Verbindung zu bringen und ihr vor allem Gelegenheit zu geben, die Reden der Arbeiterabgeordneten im Parlament im Wortlaut mit anzuhören und sich dadurch von den kapitalistisch gefärbten Berichten der christlich-sozialen Zeitungen Österreichs frei zu machen. Gar nicht übel!!

Bekanntmachungen

Frankfurt a. M. Kursus für Schädlingsbekämpfung am 14., 16., 18. und 30. August. Vortrag mit Lichtbildern, praktischen Übungen und Vorführung der neuesten Apparate. Am Sonntag, 30. August, Ausstellung und praktische Vorführung der Bekämpfungsmittel für alle Interessenten. Am 14. und 18. August, abends von 7—9 Uhr, in der Rohrbachschule (Rohrbachstraße 18). Am Sonntag, 16. und 30. August, vormittags von 9—1 Uhr im Schulgarten (Taubstummenanstalt) Rothschildallee. Zahlreiche Beteiligung aller Kollegen erwartet

Die Verbandsleitung. I. A.: Fuchs.

Ortsverwaltung Hannover. Am Sonntag, den 16. August findet in den Volkshausäulen, Nikolaistraße 10, ein großes Blumenfest statt. — Anfang: 4 Uhr. — Wir laden hiermit unsere Mitglieder nebst Angehörigen nochmals dazu ein und bitten gleichzeitig die in allen Stadtteilen aushängenden Plakate zu beachten.

Die Festleitung.

Der heutigen Ausgabe unseres Blattes liegt ein Prospekt der Firma „Velmag“, Vertriebsgesellschaft landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte A.-G., Bremen, Buchstr. 11, über „Herbasal-Insekten-Vertilgungsmittel“ bei, auf den wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.

Für 18 jährigen staatlich geprüften

Gehilfen

suche in größerer Gärtnerei **Stellung** für sofort. Offerten unter 12854 an Ala-Haasenstern & Vogler, Berlin W 35

Schlüssel zum Erfolg ist unsere Broschüre
Fragebogen im Gemüsebau

Oberrgärtin R. Prinz, Hamburg-Poppenb.
Preis: 1 Stück einschl. Porto 50 Pfg.
bestellen durch die Geschäftsstelle des GÄRTNER-FACHBLATTES / BERLIN S 42

Lehranstalt für Obst- und Gartenbau
Proskau O.-S.

der Landwirtschaftskammer Schlesiens

Aufgabe der Anstalt:
Gärtnergehilfen eine zeitgemäße theoret. Ausbildung und praktische Weiterbildung zu vermitteln.

Aufnahme: Anfang April und Anfang Oktober.

Dauer des Lehrganges: 1 Jahr.

Schulgeld und Pension: (Internat)
z. Zt. Jährlich 350,— M.

Prospekte und weitere Auskunft
kostenfrei durch die Direktion

Ab Fabrik

prima Jute-Säcke in bester Ausführung

	1 1 Ztr.	1 1/2 Ztr.	2 Ztr.
	Schwergetreide		
mittelschwer	83 Pf.	98 Pf.	113 Pf.
schwer m. Strf.	117 Pf.	139 Pf.	160 Pf.
Drell m. Strf.	—	170 Pf.	—

p. Stck.
Postsendungen und Nachnahme
Sonderheiten: Schatten-, Verpackungsleinen — Strohecken — Bindfaden sowie sämtliche Seilerwaren

Gebr. Hoch, Quedlinburg A. G.
Sack-, Plan- und Decken-Fabrik

Inserate in der „Allgem. Deutschen Gärtner-Zeitung“ haben grossen Erfolg



Bei Einkäufen
bitten wir, die
Inserenten unserer
Zeitung zu berücksichtigen.

Bei Bestellungen
oder Anfragen bei
unseren Inserenten
bitten wir, stets auf
die „Gürtner-Ztg.“
Bezug nehmen zu
wollen!

Kessel

einer Warmwasser-
heizung in bestem Zu-
stand wegen Anschaff.
einer größeren Anlage
billig zu verkaufen
Keppler & Bruy
Zuffenhausen

Willeh. Meißel Treiben
Gedreht, Dreharbeiten!



MUSIK
Instrumente
für Orgelbau, Schul- und Haus
Verlangen Sie Preisliste
MAX DÜRFEL
Klingenthal in Sachsen, Nr. 35

**SÜDDEUTSCHE
GARTENBAU-
AUSSTELLUNG
LUDWIGSHAFEN A. R.**

Verlangen Sie Spezialofferte
über

prima Edelobstbäume

von der größten Baumschule Ungarns

Ladislav Ungváry

A.-G.

Czegled

**Staatl. Lehranstalt für Wein-, Obst- u. Gartenbau
Veitshöchheim bei Würzburg**

Anfang November Beginn eines Winter- u. Jahreskurses über

„OBST- UND GARTENBAU“

Stipendien sowie Verdienstmöglichkeit vorhanden / Anmeld.
bis 1. Oktober / Nähere Auskunft durch die Direktion

**Gärtner-Krankenkasse, Hamburg 21
Jahresbericht 1924**

Einnahmen:		Ausgaben:	
Vermögen am 1. 1. 24	39 552,39	Arzt und Apotheke	519 102,03
Eintrittsgeld	3 217,91	Krankengeld, Krankenhäuser	452 602,52
Beiträge	1 289 552,21	Sterbegeld	11 192,00
Sonstige Einnahmen einschl. Erwerbslosenbeiträge	45 192,60	Verwaltungskosten	81 608,36
Wochenhilfe	6 356,87	Wochenhilfe	29 075,43
Zinsen	4 414,93	Erwerbslosengeld	30 541,37
		Ausg. Verwaltungsstellen	95 648,68
		Rücklage am 31. 12. 24	168 516,52
		außer noch aufzuwerthenden Hypothesen von Pap.-Mark 390 900,—, Kriessanleihe von Pap.-Mark 355 000,— und Effekten im Kurswert von R.-M. 448,—	
Summa	1 388 286,91	Summa	1 388 286,91

Urteil!

Sofort vollstreckbar!

In Sachen:

Herbasal gegen Aphis u. Konsorten
wurde folgendes

Urteil verkündet:

Solange es Herbasal gibt, wird es in meiner
Gärtnerei nicht fehlen. Ich spritze alle 14 Tage
meine Häuser durch und habe seit der Zeit gar
nichts mehr von Ungeziefer gemerkt.
(Original einzusehen!)

Begründung:

Wenn Ihnen Herbasal bekannt ist, so bedarf es
bei Ihnen keiner näheren Erläuterung, warum Sie
es allen anderen Präparaten vorziehen. In diesem
Falle brauchen wir lediglich Ihre freundliche Hilfe
insofern, als Sie uns weiterempfehlen. Die übrigen
Fachkreise weisen wir darauf hin, daß Herbasal
seit 25 Jahren unter den Pflanzenschutzmitteln
einen ganz unbestrittenen Platz als ein von den
ersten Fachleuten anerkanntes Spritzmittel ein-
nimmt. Seine Anwendbarkeit erstreckt sich auf
alles in den Treibhäusern vorkommende Ungeziefer
und sein unerreichbarer Vorzug ist es, daß selbst
bei der stärksten Lösung keinerlei Schädigungen
selbst der zartesten Triebe und Blüten eintreten.
Der regelmäßige Gebrauch von Herbasal hat
folgende Vorteile:

1. Sie beseitigen alles Ungeziefer
2. Sie kräftigen Ihre Pflanzen
3. Sie steigern den Ertrag
4. Sie sparen viel, viel Zeit
5. Sie schonen sich und Ihre Angestellten
6. Sie verdienen Geld

Alle diese Gründe führen zu dem

Ergebnis:

Versuchen Sie, sich selbst ein Urteil zu bilden,
indem Sie einen

Versuch

machen.

Hierzu stellen wir billige Probeflaschen zur Ver-
fügung zu M. 4,—, franko Nachnahme, ausreichend
für 40 Liter 2% ige Lösung.

Beachten Sie die Beilage

Alleinvertrieb: Velmag
Bremen, Buchstr. 11

STÜRMER FAHRER



Das bekannte Markenfabrikat liefert zu Original-Fabrikpreisen direkt ab Werk.

HERRENRAD NR. 3 mit 110- * DAMENRAD NR. 9 mit 101-

NÄHMASCHINEN * METALLBETTEN

BEQUEME RATENZAHLUNG mit 6 MONATSRATEN

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSHILFE